



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 12. Dezember 2005

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2006

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

in Ihrer Haushaltsrede vom 7. November 2005 haben Sie, Herr Landrat, den Haushalt 2006 als „Haushalt ohne Spielräume“ bezeichnet. Diese Aussage könnte Aussenstehende bei einem flüchtigen Blick auf die finanziellen Kennzahlen zunächst überraschen: Das Volumen des Verwaltungshaushalts steigt um fast 7% und jenes des Vermögenshaushalts sogar um etwa den doppelten Prozentsatz an. Auch die Nettoinvestitionsrate steht mit deutlich über 1 Mio. € scheinbar ganz gut da. Aber wie Sie ja alle wissen, ist nicht alles Gold was glänzt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich, dass in der Tat kaum mehr ein Spielraum vorhanden ist. Doch neben der Frage, ob jetzt und in absehbarer Zeit überhaupt noch ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen ist zweifellos noch eine andere Frage von grossem Interesse: Wie werden die vorhandenen Mittel eingesetzt und wie gut ist die Qualität der Aufgabenerfüllung? Genau auf diese Thematik möchte ich deshalb nachfolgend etwas eingehen.

Auf Wachstum und Synergien hoffen: Wird damit alles gut?

Bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Lage werde ich nur wenige Worte verlieren. Einige Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihren jüngsten Prognosen für das kommende Jahr 2006 Wachstumsraten bis zu 1,7 Prozent vorhergesagt. Klar ist aber, dass z. B. Faktoren wie die hohen Energiepreise oder die hohe Arbeitslosenquote diese Wachstumserwartungen dämpfen und die kommunalen Haushalte kaum entlasten werden. Die mangelhafte Finanzkraft der öffentlichen Haushalte kann dabei von der europäischen Ebene bis hinunter zur kleinen Schwarzwaldgemeinde verfolgt werden. Dies ist jedoch keinesfalls nur ein Ergebnis von Wirtschaftskrise oder Globalisierung. Nach diversen Reform- und Entlastungsrunden sind nämlich die Steuereinnahmen teilweise auch „wie

geplant“ eingebrochen. Bei den Gemeinschaftssteuern, an denen die Kommunen über den Finanzausgleich partizipieren, ist das Aufkommen beispielsweise um 2% gesunken. Hinzu kommen turbulente Reformen insbesondere im sozialen Bereich, die ungünstige demografische Entwicklung, ein grosser Verschiebepark an verschiedensten Lasten - meist zuungunsten der kommunalen Ebene - und ein Abbau von Subventionen, bei denen beispielsweise auch der Öffentliche Personennahverkehr und damit wieder der Landkreis betroffen ist. Aufgrund dieser strukturellen Veränderungen erscheint es sehr fraglich, ob ein Wirtschaftswachstum sich zukünftig überhaupt noch positiv bis zu uns auf die kommunale Ebene auswirken wird. Es könnte nämlich sein, dass die Landkreise zukünftig immer weniger vom Wirtschaftswachstum profitieren können oder dass zusätzliche Einnahmen schlicht durch zusätzliche Belastungen der kommunalen Ebene kompensiert werden.

Geht lokal organisiert alles besser?

Wo nicht mehr alle am Wachstum partizipieren, müssen - zumindest nach bisheriger Definition - Sicherungssysteme greifen. Auf lokaler Ebene ist die soziale Sicherung daher zwangsläufig der Bereich, wo die Kreisfinanzen den grössten Belastungsproben ausgesetzt sind. Der Nettihilfeaufwand steigt um annähernd 4 Mio. €. Die grössten Kostensteigerungen sind dabei in den Bereichen „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, bei der „Hilfe zur Pflege“ und bei der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (Kosten der Unterkunft, Hartz IV) zu verzeichnen. Dies sind alles Projekte, die mit grossem Optimismus angegangen wurden, die aber in ihren organisatorischen, finanziellen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen leider nicht in allen Konsequenzen durchdacht wurden. Gelegentlich bekommt man den Eindruck, dass hierbei ein bundesweiter Feldversuch mit Personal, Organisationsstrukturen, Finanzmitteln und nicht zuletzt den Hilfeempfängern selbst läuft. Es bedarf dringender Korrekturen, um den vollmundigen Versprechungen und Schnellschüssen kein Desaster, sondern qualitativ verbesserte Strukturen folgen zu lassen. Dies geschieht auch und gerade vor dem Hintergrund einiger Paradigmenwechsel: Galt früher in Zeiten des Landeswohlfahrtsverbandes beispielsweise häufig die Devise, dass die Heimunterbringung die bestmögliche Hilfeform darstellt, versucht man jetzt händeringend teure stationäre Unterbringungsformen durch kostengünstigere integrative oder ambulante Betreuungsmodelle zu ersetzen. Dieser finanziell induzierte Paradigmenwechsel ist über alle Hilfebereiche hinweg zu beobachten. Die Landkreisverwaltung vertrat bei der Auflösung des Landeswohlfahrtsverbandes denn auch die Überzeugung, dass man die Hilfe zukünftig ortsnah, qualitativ besser und zudem kostengünstiger organisieren könne. Nach unserer Einschätzung sind aber auf lokaler Ebene die Ersatzkonzepte und die daraus abgeleiteten Angebote und Strukturen bestenfalls gerade im Aufbau und keineswegs bereits in gesicherten Bahnen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir bei sämtlichen Sicherungs- und

Hilfesystemen in Zuständigkeit des Kreises ein detailliertes Berichtswesen, was Fallzahlen, Hilfs-, Betreuungs-, Beratungs- und Behandlungskonzepte, finanzielle Kennzahlen und zudem auch Definition und Nachweis von qualitativen Standards einschliesst.

Die neuen Konzepte haben mit ihren lokalen, ambulanten oder auch integrativen Komponenten – gerade auch aus Grüner Sicht - grundsätzlich ein grosses Potential zur Verbesserung der Hilfen. Leider werden die innovativen Konzepte nach unserer Einschätzung aber allzu oft nur unter Einsparaspekten angegangen. Das momentan schwerwiegendste Problem ist jedoch, dass für die alten aufgelösten Zentralstrukturen bisher noch kein praxiserprobter Ersatz auf lokaler Ebene geschaffen werden konnte. Merke: Wer das alte Porzellan unbedingt zerschlagen will, sollte besser schon vorher das neue Geschirr besorgen!

Läuft mit den Reformen alles wie am Schnürchen?

Die zahlreichen Reformen sorgen allein schon durch ihre Wechselwirkungen bei der Umsetzung für eine Vielzahl von Turbulenzen. Besonders ärgerlich wird es aber dann, wenn sich bei Einführung neuer Konzepte und Strukturen der Bund, das Land oder auch andere Institutionen schadlos halten. Die Reform wird nicht selten mit einer gehörigen Portion Frechheit genutzt, um die eigene Kassenlage aufzubessern.

Beim Bund meinte man beispielsweise vor einigen Monaten, massiv die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose reduzieren zu können. Damit wäre das verbrieftete Recht auf eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. € weitgehend in Frage gestellt worden. Glücklicherweise scheint es an diesem Punkt mittlerweile ein Einlenken zu geben.

Das Land glänzt ebenfalls gleich mehrfach durch innovative Sparbemühungen auf Kosten der Landkreise: Von der überwiegenden Einbehaltung des Wohngelds im Zusammenhang mit Hartz IV über die nicht kostendeckende Pauschalierung der Leistungen für Asylbewerber bis hin zum Unterhaltsaufwand für die Landesstrassen: Es wird überall gekürzt, gepokert und gestrichen!

Aber auch Externe schlüpfen gerne in die Rolle von Reformgewinnern: Selbst ziemlich reformiert und in verschiedenste Tochterbetriebe aufgeteilt versucht die Bahn offenbar, die etwas unübersichtliche Lage beim Bau der Ringzughaltstellen auszunutzen: Neben der erheblichen Verzögerung der Inbetriebnahme der Haltepunkte ist dabei insbesondere das vorläufige Abrechnungsergebnis der Baukosten mehr als ärgerlich. Angesichts der immensen Kostensteigerungen, bei denen selbstverständlich nicht nur die Eigenanteile der Landkreise zu beachten sind, ist unsere Fraktion sehr gespannt auf die Ergeb-

nisse der vom Landrat zugesagten Revision. Wir erwarten hier absolute Klarheit bei der Benennung der Verantwortlichkeiten.

Eine der ganz grossen Reformbaustellen liegt aber im Landratsamt selbst: Die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen und Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform lassen bisher durchaus aufhorchen: Die Effizienzrendite wird deutlich überschritten, die Eingliederung der neuen Mitarbeiter lief ohne nennenswerte Probleme, die Schlagkraft der neu zusammengefassten Ämter ist jetzt höher denn je, man könnte somit kurz und bündig meinen: „Alles ok“!

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat: Ich möchte Ihnen an dieser Stelle klar und deutlich sagen, dass wir dieses schöne Weltbild doch etwas anzweifeln. Es wäre auch bei der Verwaltungsreform interessant, in einem Rechenschaftsbericht nicht nur die eingesparten Euros und Personalstellen, sondern vor allem auch die Qualität der Aufgabenerfüllung zu belegen. Neben einer Dokumentation der finanziellen Ergebnisse für den Zeitraum der sieben „Reformjahre“ erwartet unsere Fraktion deshalb auch einen Bericht zur Weiterentwicklung der Arbeitsmethodik, Qualitätssicherung und Zusammenarbeit, wie sie beispielsweise jüngst vorbildlich mit dem ressortübergreifenden GIS - Projekt von der Verwaltung initiiert und angekündigt wurde.

Dennoch wird aus unserer Sicht die Nagelprobe erst bei massiven Problemstellungen kommen. Wir halten es beispielsweise für verwegen, bei der Lebensmittelkontrolle mit einer geplanten Effizienzrendite von 45% anzutreten, während andernorts das Fleisch in den Lagerhallen zum Himmel stinkt. Etwas Glück gehört wohl auch bei der Aufgabenerfüllung dazu, aber man sollte sich besser nicht allzu stark darauf verlassen! Eine schlagkräftige Lebensmittelüberwachung kann nicht an Schönwetterübungen bei Vorzeigebetrieben gemessen werden, sondern am Präventions-, Reaktions- und Sanktionspotential bei Missständen. Ähnliches gilt sinngemäss für das Amt für Wasser- und Bodenschutz, wenn Sie beispielsweise an die möglichen Umweltauswirkungen der Altlasten denken oder für das Gewerbeaufsichtsamt, wenn es beispielsweise um den wirksamen Immissionsschutz von Anwohnern geht. Und das eingegliederte Strassenbauamt sollte sich bei der täglichen Arbeit nicht nur um eine qualifizierte Vorplanung und eine intensive Baubetreuung kümmern können, sondern beispielsweise auch Massnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit vorantreiben können. Wir fragen die Verwaltung daher: Funktioniert das alles?

Um in der Betrachtungsweise der Lebensmittelüberwachung zu bleiben: Die eingegliederten Ämter wurden im Zuge der Verwaltungsreform(en) „filetiert“, umgegliedert, neu verpackt und abschliessend noch neu etikettiert. Was dabei an Qualität herauskommt, ist aus unserer Sicht aber noch nicht ganz klar. Sowohl von der personellen - als auch

von der Sachausstattung her haben die beim Landkreis verbliebenen Bereiche nach unserer Einschätzung jedenfalls deutlich schlechtere Voraussetzungen zur angemessenen Aufgabenerledigung bekommen.

Sparen, sparen, sparen und was kommt dann?

Obwohl der Fokus aller Betrachtungen sehr dominant auf finanziellen Aspekten liegt, kommt es dabei teilweise zu kuriosen Entscheidungen des Kreistages. Die Einsparungen der Landkreise im Schulbereich haben beispielsweise dazu geführt, dass das Land die Sachkostenbeiträge gekürzt hat und wir somit voraussichtlich 500.000 € weniger aus dem Finanzausgleich für die Schulen bekommen.

Bei den Schlüsselzuweisungen ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Schlüsselzuweisungen werden auf Basis des landesdurchschnittlichen Kreisumlagesatzes (2005 = 36,54%) und nicht des realen Umlagesatzes unseres Kreises (2005 = 32,88%) angerechnet. Tatsache ist jedoch, dass dem Landkreis damit 5,8 Mio. € in der Kasse fehlen.

Hinzu kommt, dass u.a. durch die viel zu niedrig angesetzte Kreisumlage der Fehlbetrag im Jahr voraussichtlich bei 3,9 Mio. € liegen wird, der spätestens im Jahr 2008 zwingend abzudecken sein wird. Da auch aus den Vorjahren noch erhebliche Fehlbeträge abgedeckt werden müssen, fällt diese Art von „Sparen“ in den kommenden Jahren gnadenlos auf uns zurück. Der Schuldenstand des Kreises wird zu Beginn des Haushaltsjahres 2006 voraussichtlich bei knapp 48 Mio. € liegen und es bestehen gute Aussichten, dass wir Ende 2006 die 50-Mio. € - Marke überschreiten werden. Die ausgewiesene Nettoinvestitionsrate 2006 ist übrigens genau genommen eine Fehlbetragsabdeckung der Vorjahre.

Wir sind deshalb der Überzeugung, dass wir mit kurzsichtigen Sparübungen nicht weiter kommen werden. Es bringt nichts, wenn Wunschdenken die Basis der Haushaltsberatungen ist und wenn die Probleme – wie schon mehrfach geschehen - lediglich in die Folgejahre verlagert werden. Dies bedeutet, dass der Haushalt realistisch kalkuliert sein muss und dass auf dieser Basis dann auch die Höhe der Kreisumlage festgelegt werden muss. Wenn beispielsweise bei der sozialen Sicherung durchweg optimistische Annahmen zugrunde gelegt werden, ist das für den Ausgleich des Kreishaushalts gefährlich. Ebenso lassen sich beispielsweise die Bewirtschaftungskosten der Gebäude hinterfragen, die im Haushaltsplan von der aktuellen Energiepreisentwicklung ziemlich abgekoppelt erscheinen.

Trotz der finanziellen Restriktionen begrüßen wir bei den Schulen sämtliche vorgesehenen Investitionen: Neubau des Technischen Gymnasiums im Stadtbezirk Schwenningen, Sanierung der Turnhalle an den Kaufmännischen Schulen im Stadtbezirk Villingen

oder auch die weiteren Investitionen beim Umbau der Landesberufsschule. Bei den geplanten Investitionen im Bereich der Abfallwirtschaft erwarten wir jedoch insbesondere für den Bereich der Kompostierung noch ausführliche und belastbare Informationen.

Bei den Personalausgaben hat uns die Aussage der Verwaltung verblüfft, dass sich „die Verwaltung selbst weitere hohe Einsparungen in Höhe von 750.000 € auferlegt hat“. Dies bedeutet, dass die Personalausgaben trotz einiger gegenläufiger Kostenfaktoren deutlich unter das bisherige Niveau sinken und die Personalausgaben noch einen Anteil in Höhe von knapp 18% an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes erreichen werden. Ich möchte gerade an dieser Stelle nochmals auf unser zentrales Thema der Qualität zurückkommen und ein Personalabbaukonzept in dieser Höhe in Frage stellen.

Abschliessend möchte ich zunächst noch einige Aspekte schlagwortartig ansprechen und wesentliche Kernaussagen unserer Position dann nochmals zusammenfassen:

- Wir begrüßen den weiteren Ausbau der inneren Leistungsverrechnung.
- Die Rücknahme der Haushaltsansätze für die Grunderwerbssteuer ist sachgerecht
- Die dauerhafte Kürzung der Lehr- und Lernmittel an den Schulen zugunsten des Gebäudeunterhalts ist aus unserer Sicht zu hinterfragen
- Die Ausweisung von Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen auf das bewegliche (und im nächsten Haushaltsjahr auch unbewegliche) Vermögen der Schulen ist sinnvoll. Das neue Gemeindefinanzrecht wird hierbei auch in anderen Leistungsbereichen des Landkreises zusätzliche Transparenz schaffen.
- Die Entscheidung zur Deckelung der Netzwerkbetreuung an den Schulen auf 115.000 €/a sollte von der Verwaltung im Hinblick auf deren Praxistauglichkeit erläutert werden.
- Sämtliche Ansätze für Fallzahlen und Fallkosten im Bereich der sozialen Sicherung sind angesichts der angesetzten Werte kritisch zu bewerten
- Der Bereich ÖPNV und Schülerbeförderungskosten wird u.a. wegen der Subventionskürzungen und den Fahrpreiserhöhungen ein äusserst umstrittener Bereich bleiben.
- Die Finanzkraft des Kreises reicht insgesamt lediglich aus, um Tilgungen und Fehlbetragsabdeckungen zu finanzieren.
- Die Transparenz des Haushaltsplans hat mit den Buchungen der Verwaltungsreform und den Buchungen im Zusammenhang mit dem Defizit- und Rücklagenausgleich etwas gelitten.

Zusammengefasst möchte ich folgendes feststellen:

- Der Kreishaushalt 2006 steht eher vor noch grösseren Belastungsproben als die Haushalte der Vorjahre. Es besteht nur geringe Planungssicherheit und ein hoher Kostendruck angesichts wegbrechender Bundes- und Landesmittel, Subventionsabbau, weiteren absehbaren Reformturbulenzen und nicht zuletzt auch aufgrund des notwendigen hausgemachten Defizitenausgleichs aus den Vorjahren.
- Die Diskussion im Kreistag dreht sich fast ausschliesslich um finanzielle Aspekte. Aus unserer Stellungnahme sollte klar geworden sein, dass sich dabei so manche finanzielle Hoffnung (z.B. Haushaltskonsolidierung durch Wirtschaftswachstum) infolge veränderter Rahmenbedingungen auf der Kreisebene zerschlagen könnte. Die qualitative Seite der Diskussion kommt uns auf allen Ebenen zu kurz.
- Allein die Möglichkeit der lokalen Aufgabenerfüllung oder der Regelung vor Ort schafft noch keine Qualität. Die hinterlassenen Lücken und die neuen Verwaltungsstrukturen qualitativ zu füllen, egal ob beim früheren Bereich des Landeswohlfahrtsverbandes oder z.B. im Rahmen der Kooperation mit der „Bundesanstalt für Arbeit“ ist eine der vordringlichen Zukunftsaufgaben des Kreises.
- Auch die Verwaltungsreform wird immer noch fast ausschliesslich unter dem Aspekt der „Effizienzrendite“ diskutiert. Wir appellieren an die Kreisverwaltung auch hierbei auf die Qualität der Aufgabenerfüllung zu achten und nicht nur sturen Personalabbau zu betreiben. Dabei wird es nicht zuletzt auch darauf ankommen, mögliche Einnahmebereiche (wie z.B. im Bereich des Vermessungsamtes) zukünftig besser auszuschöpfen.
- Wie bereits in früheren Stellungnahmen mehrfach erläutert, billigen wir dem Landkreis angesichts der notwendigen Aufgabenerfüllung und der zentralen Rolle in vielen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge auch entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen zu. Es kann nicht angehen, dass wesentliche Bereiche ausgehungert werden und nur noch ein Gerippe ohne Handlungsfähigkeit stehen bleibt. Allerdings – und das sage ich ebenso deutlich – erwartet unsere Fraktion eine offene Diskussionskultur, erstklassige Konzepte, fundierte Rechenschaftsberichte und belastbare Leistungsnachweise von der Verwaltung. Dies betrifft sowohl den bisherigen Kernbereich der Verwaltung als auch sämtliche neuen Arbeitsbereiche im Rahmen der diversen Reformen.

-
- Auf Basis dieser Überlegungen möchte ich den Haushalt 2006 nicht nur als „Haushalt ohne Spielräume“ bezeichnen, sondern darüber hinaus als „Haushalt ohne inhaltliche Visionen“. Wir hoffen, dass wir zukünftig sowohl bei den finanziellen Kennzahlen als auch bei den qualitativen Aspekten deutliche Fortschritte erzielen können.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement und allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit danken.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:

8 Seite(n), 2392 Wörter, 15963 Zeichen